

Inhalt

„Unrecht Bürgerlohn“	1
Bedingungsloses Grundeinkommen	2
Sind die Manager-Bezüge zu hoch?	2
Die Moral in der Menschennatur	4



Prof. Otfried Höffe, Philosophie:

„Das Unrecht des Bürgerlohns“ Die Ableitung von Hartz IV aus der Sozialethik der Erwerbsarbeit

Wir erinnern uns: „Bürgerlohn“ alias „bedingungsloses Grundeinkommen“ ist ein Gedankenspiel, angesichts von Arbeitslosen und Heerscharen von Hartz-IV-Empfängern jedem Bürger eine finanzielle Grundsicherung unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen zu gewähren. Damit die so Beglückten gar nicht erst auf den Gedanken kommen, es sich in dieser „sozialen Hängematte“ allzu bequem zu machen, orientieren sich die zahlenmäßigen Vorschläge zielsicher in etwa am statistisch ermittelten und politisch beschlossenen Existenzminimum. Und da sich mit diesem Einfall, so er umgesetzt würde, eine Menge Sozialausgaben sowie Lohnnebenkosten erübrigen würde, findet dieser Gedanke neben grün-alternativen Befürwortern auch solche in Wissenschaft und Wirtschaft. (Siehe Artikel zum Grundeinkommen auf S. 2)

Die F.A.Z. hält die Bürgerlohn-Idee für dummes Zeug. Um dieser Ablehnung höhere Weihen zu verpassen, stellt sie dem **Tübinger Philosophie-Professor Otfried Höffe** gerade rechtzeitig zu Weihnachten eine ganze Seite zur Verfügung (22.12.2007): Gleich in der Einleitung seines Artikels „Das Unrecht des Bürgerlohns“ lässt dieser uns wissen, dass bei der Diskussion um den Bürgerlohn entscheidende Aspekte vergessen werden. Selbstverständlich gehört für ihn – rein volkswirtschaftlich betrachtet – diese Idee ohnehin auf den Müllhaufen der Geschichte der Versündigungen gegen die Marktwirtschaft. Die Sozialethik, also er, hat aber auch noch Wesentliches zu ihrer Ablehnung beizutragen: Die Debatte um den Bürgerlohn zeige, so seine Auskunft, dass in unserer Gesellschaft der Begriff „Arbeit“ einseitig ökonomisch und damit mangelhaft bestimmt sei.

Um einen für unsere menschenfreundliche Ökonomie passenden Arbeitsbegriff zu erschaffen, entwirft unser Professor eine aus fünf Punkten bestehende Skizze einer „Sozialethik der Erwerbsarbeit“, die beweisen soll, dass Arbeit nicht „bloß dem Lebensunterhalt“ dient, sondern noch sehr viel Höherem:

„Für eine Sozialethik der Erwerbsarbeit spielen nun fünf Gesichtspunkte eine Rolle: Als eine Quelle des Einkommens trägt sie zum Lebensunterhalt, darüber hinaus zum angenehmen, sicheren, vielleicht sogar großzügigen Leben bei. Weiterhin regt sie zur Entfaltung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten an. Da sie drittens dank Selbstachtung und Achtung seitens der anderen zur persönlichen und sozialen Identität beiträgt, widerspricht sie der früheren Ansicht, wer selber arbeite, sei arm. Wie sowohl die empirische Glücksforschung als auch Studien von Krankenversicherungen bestätigen, droht eher die Gefahr, dass die körperliche und seelische Gesundheit von Menschen, die arbeiten wollen, aber keinen Arbeitsplatz finden, empfindlich beeinträchtigt wird. Viertens trägt die Arbeit auf der Ebene des Gemeinwesens zum Volksvermögen und zu Steuereinnahmen bei. Schließlich wirkt sie auch als ein indirekter Faktor sozialer Kontrolle: Vor allem junge Männer ohne Arbeit sind für Aggression und einen martyrerbereiten sogenannten Fundamentalismus anfällig.“

„Arbeit“, so lernen wir, ist eine extrem nützliche Sache: Sie verschafft ein Einkommen (nebenbei, Herr Professor: Bei den meisten Leuten ist das Arbeitseinkommen die Quelle des Lebensunterhaltes, es trägt nicht dazu bei! Aber wir haben vermutlich die Aktienbündel im Safe der Aldi-Kassiererin vergessen, die der zu einen großzügigen Lebensstil verhelfen...), man erwirbt Kenntnisse und Fähigkeiten (die man ohne die Anforderungen des Arbeitgebers womöglich gar nicht bräuchte, wie z.B. in Call-Centern Leuten Sachen aufzuschwatzen, die die gar nicht wollen...), sie sorgt für „Selbstachtung“ und macht glücklich, was ja schließlich der wahre Reichtum ist (wie all die über beide Backen strahlenden 1-Euro-Jobber deutlich zeigen...), sie macht & hält gesund (Beweis: Leute, die wegen Arbeitslosigkeit mit ihrer Minimal-Existenz zu kämpfen haben, sind noch kränker...), sie ist Finanzquelle des Staates (immer gut, egal, was der mit

→ Fortsetzung Seite 2

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Die Lohnfrage heute: Brauchen wir einen Mindestlohn? oder Für wen lohnt sich der Lohn?

Nach den Jahren des „Wirtschaftswunders“ in der BRD galt die Lohnfrage als erledigt: In der „sozialen Marktwirtschaft“, so wurde verkündet, müsse das Proletariat nicht mehr um seine Existenz fürchten und kämpfen, sei also keines mehr, sondern heiße jetzt „die Arbeitnehmer“. Zahlreiche Anwälte sorgen für seine sozialen Belange: anerkannte Gewerkschaften, die tarifrechtlich geregelt für Lohngerechtigkeit sorgen; Betriebsräte mit Mitwirkungsrechten im Unternehmen; Politiker, die die Marktwirtschaft sozial ausgestalten.

Heute ist die Lohnfrage wieder aktuell – als Mindestlohnfrage: Mit Flexibilisierung und Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Lohnkosten streben die Unternehmen nach Durchsetzung in der internationalen Konkurrenz, und das mit Erfolg. Die Gewinne steigen und das Lohnniveau sinkt stetig. Über den Lohn wird jetzt debattiert – allerdings nur in einem öffentlichen Streit, ob es einen gesetzlichen Mindestlohn geben muss oder darf. Die Arbeit für Lohn und der Lohn gehen prinzipiell schon in Ordnung, nur ganz unten hakt's immer öfter:

„Der magere Lohn reicht oft nicht zum Leben“ titelt die Stuttgarter Zeitung (8.12.2007)

Eine „Initiative Mindestlohn“ vertritt die Überzeugung, dass „Arbeit nicht arm machen darf“ und strebt einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde an – bei einer 40-Stundenwoche wären das im Monat ca. 1300 € brutto, also knapp über Hartz IV!

Die SPD macht das Thema Mindestlohn zu ihrem Wahlkampfschlager und Bundeskanzlerin Merkel warnt davor, mit staatlichen Lohnvorschriften den Aufschwung abzuwürgen und plädiert dafür, stattdessen die Niedriglöhne mit staatlichen Mitteln aufzustocken.

In der öffentlichen Debatte werden allerdings interessante Opfer dieser Armut beklagt:

- **Der Staat:** Die Zahl der Aufstocker, also der Arbeitnehmer, bei denen der Staat das Arbeitseinkommen auf Hartz-IV-Niveau anheben muss, steigt. Diese Leute sind nicht nur keine Steuerzahler, sie kosten auch noch.
- **Die Binnennachfrage** und damit die **Konjunktur:** Die Empfänger „normaler“ Einkommen können nicht genug von den Waren kaufen, die mit den gesenkten Lohnkosten massenhaft produziert wurden.
- **Die Politik:** Die Herrschaften, die sie ausüben wollen und deshalb wahlkämpfen, wundern sich langsam, wie widerspruchslos die arbeitende Bevölkerung ihre Verarmung hinnimmt und warnen sich deshalb lieber selber vor möglichen Folgen: „Die zentrale Frage ist, wie lange es eine Gesellschaft ohne Schaden aushält, wenn ein Kernversprechen der sozialen Marktwirtschaft, Sicherheit und Aufstieg durch Arbeitsleistung zu bieten, immer wieder gebrochen wird.“ (Kurt Beck)

Angesichts solcher Befunde sucht die Öffentlichkeit nach Schuldigen und Versagern:

- Hat das Gewinnstreben Maß und Anstand verloren? Da kriegen „Nieten in Nadelstreifen“, die den Gewinn vergeigen, Millionengehälter und -abfindungen, wo das doch nur erfolgreiche Manager „verdienen“, die mit „Restrukturierung“, „Verschlankung“ der Belegschaft und neuen „Entlohnungssystemen“, also Lohnsenkung, den Gewinn der Wirtschaft voranbringen und so ihre soziale Pflicht erfüllen.
- Ist das Lohnniveau in Ordnung, wenn es von den Gewerkschaften ausgehandelt und betreut wird?
- Muss der Staat, der mit einer ganzen Agenda 2010, mit der Senkung der Lohn„neben“kosten, der Initiierung eines Armutslohnsektors mit 1-€-Jobs etc. die Absenkung des nationalen Lohnniveaus angeleiert und betreut hat, nicht jetzt ein Herz für die Schwachen haben?

Wenn die Wirtschaft nur mit Billiglöhnen und Lohnkostensenkungen gedeiht, fragen wir lieber:

- Was ist das für ein „Lebensmittel“, das als Bestandteil unternehmerischer Kosten gar nicht niedrig genug sein kann?
- Was ist von einer Wirtschaftsweise zu halten, in der schon die Sicherung eines Existenzminimums der Arbeitenden eine einzige Bedrohung für das Wachstum des Reichtums ist?

Das soll zur Diskussion gestellt werden auf den Veranstaltungen in:

Tübingen, Dienstag, 22.1.2008,
Neue Aula, Hörsaal 8, Wilhelmstr. 7, 19 Uhr c.t.
Freiburg, Mittwoch, 23.1.2008,
jos-fritz-café, Wilhelmstr. 15/1, 20 Uhr
Stuttgart, Donnerstag, 24.1.2008,
Altes Feuerwehrhaus Süd,
Möhringer Str. 56 (E.-Schoettle-Platz), 19:30 Uhr

Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS e.V.
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke
www.versus-tuebingen.de; www.gegenstandpunkt.com
www.gegenstandpunkt-s.de
Kontakt: redaktion@versus-tuebingen.de

„Unrecht Bürgerlohn ...“ (Fortsetzung)

dem Geld anstellt...), und sie diszipliniert junge Leute, die dann vor lauter Ackern nicht auf dumme Gedanken kommen (Terror! Islamisten!). Die somit ethisch neu bewertete Arbeit erschöpft sich also nicht in Mühsal, sie ist Aufgabe, Auftrag, Sinnspender und so fort.

In der Bürgerlohn-Idee findet Prof. Höffe all das nicht berücksichtigt. Ja, schlimmer noch: Sie will doch tatsächlich Gelder vergeben an Leute, ohne dass die zuvor einen Beitrag für die Gemeinschaft abgeleistet haben! Und das ist ethisch gesehen ganz ganz falsch: Weil „man (...) einem erheblichen Teil der Bürger die Arbeitswelt versperrt“, wo doch Arbeit „weit mehr leistet, freilich auch weit mehr verlangt“ als nur dem Lebensunterhalt zu dienen, ist Bürgerlohn letztlich – Unrecht.

Dass wir das so schwer einsehen, haben wir dabei den alten Griechen zu verdanken. Die nämlich setzten „die Tätigkeiten, die ihren Zweck in sich selbst haben und daher eines freien Mannes würdig sind, gegen die Knecht- oder Sklavenarbeit (...) ab, bei der man einen außerhalb liegenden Zweck verfolgt und sowohl einem Herrn als auch der zu bearbeitenden Natur untertan ist“. Diese „Trennung eines Reiches der Notwendigkeit von einem Reich der Freiheit“ gehört für Prof. Höffe überwunden, weil sie seinem Begriff der Arbeit, den er sich in seiner „Sozialethik der Erwerbsarbeit“ gestrickt hat, einfach nicht mehr gerecht wird.

Nun gibt es ja nach wie vor Leute, die arbeiten **müssen**, weil sie sonst nichts zum Leben haben, und die nur arbeiten können, wenn ein Unternehmen sie gewinnbringend für sich einsetzt, Leute, deren Arbeit und Einkommen also davon abhängen, dass sie einen „außerhalb liegenden Zweck“ verfolgen. Damit sind sie einem „Herrn“, ihrem ‚Arbeitgeber‘, „untertan“, der Arbeitsbedingungen und Arbeitslohn seinem Profitinteresse gemäß festlegt und die Beschaffenheit, also „Natur“, ihres Arbeitsplatzes bestimmt, dessen Anforderungen sie nachzukommen haben. Der Begriff der Lohnarbeit ist das allemal, mit dem Begriff der Arbeit soll es aber, so will es der Professor, nichts zu tun haben. Schließlich hat sich ja längst die Lesart durchgesetzt, dass alles, was ein Einkommen abwirft, „Arbeit“ heißt, und dass sogar Geld „arbeitet“. So gesehen gibt es hierzulande durchaus auch Arbeit, die „zum angenehmen, sicheren, vielleicht sogar großzügigen Leben“ beiträgt. Das trifft z. B. auf Leute zu, die im Staatsdienst von den normalen Existenzsorgen freigestellt werden, damit sie ohne die Plackerei und Unsicherheiten des Lohnarbeiterlebens an den Unis die unendliche Weisheit unseres Gesellschaftssystems hochleben lassen können. Das bringt dann sogar noch Anerkennung.

Den anderen, die von ihrem Arbeitseinkommen kaum bis gar nicht leben können, beschert die Arbeit zwar ein eher unangenehmes Leben. Aber dass sie mit ihren nach allen Regeln der betriebswirtschaftlichen Kunst bis aufs Existenzminimum oder darunter gedrückten Löhnen *arm* wären, darf niemand behaupten, wo doch jeder Mickerlohn der „persönlichen und sozialen Identität“ auf die

Sprünge hilft und wahrer Reichtum sich ja sowieso nicht in Geld bemisst.

Und diese schöne Sinnwelt wollen böse Bürgerlohn-Befürwortern ihren Mitmenschen versperren! Herr Höffe ist empört über das Ausmaß dieses ethischen Vergehens. Bloß:

1. Wer soll eigentlich das Subjekt („man“) sein, das hier „versperrt“? Würde mit dem Bürgerlohn etwa eine Anti-Arbeits-Agentur eingeführt werden, die es den Bürgerlohn-Empfängern verböte zu arbeiten?
2. Den Bürgerlohn-Protagonisten tut Prof. Höffes Überlegung einfach Unrecht: Auch die gehen davon aus, dass, wer zusätzlich zum Bürgerlohn arbeiten will, dies auch *soll*. Sie halten es sogar für einen Vorteil, dass diese das dann auch *wirklich wollen*, weil sie sich sicher sind, dass der Wunsch, zu dem mickrigen Grundeinkommen noch etwas dazuzuverdienen, zur existenziellen Notwendigkeit wird. In puncto Lebenssinnstiftung und Gemeinschaftsdienst sind sich Höffe und Kontrahenten hier durchaus einig.
3. Die einzigen, die zu der kritisierten Sperre fähig wären, sind zum einen dieselben, die es auch heutzutage schon tun, die ‚Arbeitgeber‘, die es selbst bei den dann anvisierten Niedrigstlöhnen einfach nicht lohnend finden, für mehr Arbeit zu bezahlen, und zum anderen diejenigen, die beschließen, dass ihnen angesichts der Qualität der gebotenen Arbeitsplätze ein Bürgerlohn zum Leben reicht und die deshalb nicht arbeiten *wollen*.

In *Letzteren* hat Prof. Höffe nun das eigentliche „Unrecht des Bürgerlohns“ entdeckt: Dass die sich dann, wenn „*sich (!) der Abstand zwischen Arbeitslohn und Bürgerlohn verringert*“ nicht danach drängen, die „*Mühen*“ der Lohnarbeit umsonst auf sich zu nehmen, macht sie zum arbeitsscheuen Gesindel, das der Bürger-

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

lohn nachgerade unterstützen würde, anstatt dass ihm und dem gesamten Rest der Mannschaft der rechte Standpunkt zur Arbeit eingebläut wird. Insofern muss sich der Sozialstaat in allen Bereichen darum bemühen, diesen Standpunkt verpflichtend zu machen, und darf gar nicht erst den Verdacht aufkommen lassen, ein zur arbeitenden Klasse Gehöriger könne auch ohne Arbeit sein Leben fristen.

Problem- und ausgesprochen umstandslos schafft Prof. Höffe damit den Übergang von der Moralphilosophie zur Angewandten Ethik – und deren Postulate kommen uns doch sehr bekannt vor: Die Sozialhilfesätze müssen gekürzt werden (Hartz IV ist „*immer noch ziemlich großzügig*“); der Abstand zwischen Nettoarbeitseinkommen und Sozialhilfe muss größer, die Sozialhilfe also niedriger werden, wenn der Lohn sinkt (wg. „*generell drohende[r] Gefahr eines sozialen Trittbrettfahrens*“); der Lohn muss sinken, denn das „*hohe Maß an Regulierung und an Lohnnebenkosten*“ ist „*kräftig*“ abzubauen; die „*zu hohe[n] Schutzbestimmungen für Arbeitsplatzbesitzer*“ müssen gekappt werden (natürlich im Interesse der Arbeitssuchenden, für die so schneller ein Job frei wird, den sie dann aber auch schneller wieder loswerden...) usw. usf.

Alles in allem also Forderungen, die genau so in den Kommunikés aus BDI-Jahresversammlungen oder Wirtschafts- und Sozialministerien zu hören sind. Nur werden sie hier von einem von der Tübinger Uni bestellten und wissenschaftlich legitimierten Philosophen abgeleitet. Dieser Fachmann für Ethik braucht noch nicht mal den Schein des Argumentierens; ihm reicht die umstandslose moralische Be- und Verurteilung des Themas und seiner Befürworter. Seine Einwände entnimmt er dabei dem Schatzkästlein der Fanatiker einer kapital- und standortförderlichen Massenverarmung. Und da die FAZ sich was darauf zugeute hält, ein Sprachrohr dieses Fanatismus zu sein, dürfte bei ihr wohl selbst ein „Schrumpfhörniger Schnarchkackler“ (aus: Harry Potter, Band 7) publizieren, wenn er mit der Autorität einer Uniprofessur gesegnet wäre. Das sollten einem die Studiengebühren doch wert sein! ◆

„Bedingungsloses Grundeinkommen“ – Kapitalismus mit menschlichem Antlitz?

Als Reaktion auf Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen ist in letzter Zeit die Idee populär geworden, der Staat solle jedem Bürger eine finanzielle Grundsicherung, also ein monatliches Einkommen garantieren. In linken Kreisen, unter anerkannten Ökonomen und Soziologen bis hinauf zum Bundespräsidenten hat diese Idee inzwischen Karriere gemacht. „Bedingungslos“ soll das Einkommen sein, es soll also wirklich jeder Bürger erhalten – unabhängig davon, über wie viel Einkommen bzw. Vermögen er verfügt. Diese Forderung erscheint mitten in der deutschen Hartz-IV-Gesellschaft auf den ersten Blick als unvorstellbare soziale Tat: Leute sollen Geld bekommen, ohne dafür arbeiten zu müssen, und das auch noch ohne Bedürftigkeitsprüfung. Statt sich über eine solche Forderung zu wundern, könnte man ihr aber auch eine radikale Auskunft entnehmen: Da gibt es Leute, die bemerken, dass die herrschende Wirtschaftsordnung trotz ihres unübersehbaren Reichtums die Existenz einer in die Millionen gehenden Zahl von Gesellschaftsmitglieder nicht sichert. Daraus ziehen sie aber nicht den Schluss, dass diese Wirtschaftsordnung dann durch eine zu ersetzen sei, die genau das garantiert, was die gegenwärtige nicht tut: den Lebensunterhalt *aller* auf dem Niveau, das dem Stand der Produktivkräfte gerecht wird. Vielmehr halten sie an der existierenden Produktionsweise fest, in der es Leute mit und ohne Vermögen gibt und in welcher der Lebensunterhalt Letzterer davon abhängt, dass sie von den Eigentümern nur dann ein *Arbeitsentgelt* bekommen, wenn ihre Arbeit zur Vermehrung des Privateigentums taugt. Weil aber die Arbeit einer wachsenden Zahl von Leuten nicht nachgefragt wird, so dass sie auch kein Einkommen haben, sollen sie mit Hilfe eines staatlich finanzierten Grundeinkommens über Wasser gehalten werden. So sei trotz des Fortbestehens von Arbeitslosigkeit das Überleben aller, auch der (Dauer-)Arbeitslosen gewährleistet – meinen jedenfalls dessen Befürworter – und stellen damit klar, dass sie an diesem Wirtschaftssystem selbst unbeirrt festhalten wollen, in dem der Lebensunterhalt Vermögensloser grundsätzlich davon abhängt, dass sie eine Arbeit verrichten, die den Reichtum der Vermögenden vermehrt.

„*Genug für alle!*“ versichert Attac und wirbt mit seiner gleichnamigen Kampagne gleich für den Realismus der Forderung nach einem Grundeinkommen. Die fortschreitende Produktivität der Wirtschaft mache auf der einen Seite immer mehr Leute arbeitslos, schaffe aber auf der anderen auch einen Überfluss an Gütern, mit denen diese Gesellschaft – und nicht nur die – locker versorgt werden könnte, wenn man diesen Überfluss nur richtig verteilen würde. Ein netter Gedanke, könnte man meinen, würden die Befürworter des Grundeinkommens nicht zugleich an dem Grundsatz festhalten, dass es bei der Produktion auf *Rentabilität* ankommt. Dass nämlich kapitalistische Unternehmen nur dann produzieren lassen und die dafür notwendige Arbeitszeit bezahlen, wenn sie sich einen Überschuss über die zur Produktion aufgewendeten Kosten versprechen, das halten die kritischen Geister von Attac für eine „Realität“, an der man „nun einmal nicht vorbeikommt“. Rationalisierungen, die Kapitalisten vornehmen, um sich durch Einsparung von bezahlter Arbeit in der Konkurrenz durchzusetzen, halten sie *einerseits* für „vernünftig“, weil reichumssteigernd, wäre da nicht *andererseits* die üble Folge, dass die darüber Entlassenen erwerbs- und damit mittellos werden. Also müsste doch bloß der Staat dafür sorgen, dass keiner mehr mittellos ist, dann könnte doch die Wirtschaft prächtig so weitermachen wie bisher.

Diese Idee hat auch Befürworter aus der Wirtschaft, wie den Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner:

„*Die Wirtschaft hat nicht die Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil. Die Aufgabe*

der Wirtschaft ist es, die Menschen von der Arbeit zu befreien. Und das ist uns in den letzten 50 Jahren ja auch grandios gelungen.“ (Stuttgarter Zeitung, 2.7.2005)

Wenn er betont, dass die Wirtschaft nicht für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig sei, dann plaudert er einerseits eine Selbstverständlichkeit der Marktwirtschaft aus: Unternehmer sind für Profit zuständig und dafür ist die bezahlte Arbeit ein Mittel. Nur dann, wenn sie lohnend eingesetzt werden kann, wird Arbeit gezahlt und sonst eben nicht. Andererseits wendet er sich damit aber auch gegen die zentrale Ideologie von der „Verantwortung der Wirtschaft für Arbeitsplätze“. Stellt sich nämlich heraus, dass relevante Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung dauerhaft nicht mehr als Lohnarbeiter gebraucht werden, dann soll man die Wirtschaft auch nicht mehr mit dieser Forderung behelligen. Elegant passt er gleich im Fortgang die Ideologie an diese neuen Gegebenheiten an: Er behauptet einfach als Aufgabe der Wirtschaft, was die sowieso die ganze Zeit macht, nämlich in immer neuen Rationalisierungswellen lebendige Arbeit überflüssig zu machen, und belegt das mit dem positiv besetzten Begriff „Befreiung von Arbeit“. Das ist zwar genauso wenig wahr wie die alte Ideologie, ermöglicht ihm aber, aus einem vermeintlichen Versagen der Wirtschaft einen grandiosen Erfolg zu verfertigen. Um diesen Erfolg würdigen zu können, muss man nur seinen harten Inhalt vergessen: „*Grandios gelungen*“ ist der Wirtschaft „*in den letzten 50 Jahren*“ die Verbilligung der bezahlten Arbeit durch die Entlassung der Leute, die wegen der Erhöhung der Produktivität für den Profit nicht mehr benötigt werden, und damit die Streichung ihres Einkommens. Genau so werden die feinen Gebrauchsgüter immer massenhafter und immer billiger hergestellt – und die, die sie produzieren, immer ärmer, weil sie „von Arbeit befreit“ wurden, wie Götz Werner dies umzudeuten beliebt. Die in Arbeit verbliebenen Leute unterliegen derweil derselben Kalkulation: Aus jeder bezahlten Arbeitsstunde holt ihr Arbeitgeber durch Einsatz produktiverer Maschinen mehr Produkt aus ihnen heraus, durch Intensivierung wird die Arbeit immer mehr verdichtet und durch Verlängerung der Arbeitszeit das für die Kapitalseite so lohnende Verhältnis ausgedehnt. Hier schiebt sich nichts mit „Befreiung“ von Arbeit, *obwohl* doch die nützlichen Güter so flugs hergestellt werden können: *Weil* diese Güter ausschließlich für den Gewinn hergestellt werden, der mit ihnen erzielt werden soll, kommt im Kapitalismus aus einer Produktivitätssteigerung niemals heraus, dass die notwendige Arbeit für alle kürzer und leichter wird und das Leben angenehmer. Wenn es in der Ökonomie wirklich auf die Versorgung der Menschen mit nützlichen Gütern und möglichst bequeme Arbeits- und Lebensbedingungen ankäme, dann wäre der Kapitalismus die dümmste Tour, dies zu verwirklichen.

Doch das sehen die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens ganz anders:

„*Jetzt kommen wir zur zweiten Aufgabe: Die Wirtschaft muss die Güter nicht nur produzieren. Sie muss die Menschen auch mit ausreichend Geld ausstatten, um zu konsumieren.*“ (Götz Werner, ebda.)

Na klar, das macht Sinn: Erst eine Güterproduktion einrichten, die auf Gewinnerzielung in Geldform ausgerichtet ist, also auf möglichst niedrige Kosten spechtet – vor allem niedrige *Lohnkosten!* –; darüber lauter Arme mit und ohne Arbeitsplatz erzeugen, denen das Geld zum Leben fehlt; und anschließend soll dieselbe Wirtschaft „*die Menschen auch mit ausreichend Geld ausstatten, um zu konsumieren*“ – die gleichen Menschen, die sie zuvor von „Arbeit befreit“, also von ihrem *Einkommenserwerb* getrennt hat, weil sich ihre Bezahlung

→Fortsetzung Seite 3

Jour Fixe

in Tübingen, Freiburg
und Stuttgart

Tübingen:
dienstags 19 Uhr in der Hausbar im Keller
des Wohnprojekts Schellingstrasse

Freiburg:
montags 20 Uhr im Konf-Raum
u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24;
weitere Infos unter:
<http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:
donnerstags 19.30 Uhr,
Altes Feuerwehrhaus
(Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)
Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

„Grundeinkommen...“ (Fortsetzung)

für die Rentabilität der Produktion nicht lohnt.

Wirtschaftswissenschaftler wie Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschafts-Institut – ebenfalls ein Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens – kommen da schnörkelloser zum Punkt:

„Die Lohnnebenkosten sind das dominante Problem des Arbeitsmarktes. Das will ich aufbrechen. [...] Der Lohn wird befreit vom sozialpolitischen Ballast [...]. Die soziale Sicherung wird davon abgekoppelt. Das ist das Grundeinkommen.“ (Stuttgarter Zeitung, 15.11.2005)

Er will gar nicht erst den Eindruck erwecken, mit dem Grundeinkommen würde eine grandiose soziale Tat für Mittellose ins Werk gesetzt. In seinen Augen ist „die Wirtschaft“ das Not leidende Subjekt, weil der Staat mit den Zwangsbeiträgen zu seinen Sozialversicherungskassen die Lohnkosten in steigendem Umfang belastet. Deshalb ist auch der Staat dafür zuständig, mit der Einführung eines Grundeinkommens und der gleichzeitigen Streichung sämtlicher bisheriger Sozialausgaben, die mittels „Zuschlägen“ zum Nettolohn („Lohnnebenkosten“) finanziert werden, dafür Sorge zu tragen, dass „die Wirtschaft“ nur noch die Zeit bezahlt, in der sie die Arbeitskräfte für ihren Profit braucht, nicht jedoch – per Sozialabgaben – auch noch die Zeiten, in denen sie diese vorübergehend (wegen Krankheit) oder überhaupt nicht mehr (Entlassung, Alter) brauchen kann. Weil der Staat aber notorisch unter leeren Kassen leidet – wie man als durch und durch realistischer Wissenschaftler gar nicht eigens zu betonen braucht –, ergibt sich mit diesem Kriterium zusammengenommen ganz selbstverständlich die Höhe dieses Grundeinkommens:

„Derzeit liegt das gesetzlich festgelegte Existenzminimum bei 7.664 Euro im Jahr. Das wäre die Obergrenze. [...] Im Gegenzug werden alle anderen Sozialleistungen weggelassen, einschließlich der Rente und des Arbeitslosengeldes. [...] Von diesem Geld in Deutschland zu leben, ist wirklich kein Zuckerschlecken.“ (Straubhaar, ebda.)

„Kein Zuckerschlecken“ verharmlost den Zustand ja geradezu, der ein profitverträgliches Grundeinkommen für die davon Abhängigen bedeuten würde. Es soll ausdrücklich „nicht

reichen, um den Lebensstandard der Durchschnittsbevölkerung zu finanzieren, sondern soll ausschließlich die Existenz sichern.“ Mit in einer Gesellschaft, „die nie gekannten Überfluss produziert“ (Götz Werner), würden die Menschen, die, weil sie keinen Arbeitsplatz finden, nur vom Grundeinkommen leben müssen, auf ein Lebensniveau knapp oberhalb des nackten Überlebens festgelegt – und das wird auch noch als großartiges Angebot präsentiert: „Wir wollen ja nicht in den Dschungel zurück, wo es nur ums nackte Überleben geht.“ Danke, Herr Prof. Straubhaar!

Den Grund für diese „Großzügigkeit“ plaudert der gelehrte Mann auch noch aus: „Natürlich wirkt es immer leistungshemmend, wenn wir garantieren, dass niemand verhungert.“ Aber allzu viel mehr darf man im Kapitalismus eben nicht garantieren, will man den Zwang zu einer Leistung erhalten, die sich für diejenigen, die sie erbringen, nicht lohnt. Nur mit dem ständig drohenden Verlust des „Lebensstandards der Durchschnittsbevölkerung“ lassen sie sich zuverlässig zu ständig steigenden Leistungen erpressen, mit denen sie das Eigentum ihrer „Arbeitgeber“ vermehren, von dem sie genau dadurch dauerhaft ausgeschlossen bleiben. Kein Wunder, dass Ökonomen wie Straubhaar das „gesetzliche Existenzminimum“ in einer Größenordnung festgelegt sehen wollen, die diese Leistungsbereitschaft, auf die es im Kapitalismus ankommt, nicht „hemmt“: eben in der Höhe „eines absoluten Existenzminimums“. Nur ein „Grundeinkommen“ oder „Existenzgeld“, das bestenfalls die nackte physische Existenz sichert, garantiert den Erfolg der Erpressung zum Dienst an fremdem Eigentum. Das Grundeinkommen muss so gering sein, dass es jedem damit „Beschenken“ ziemlich unausweichlich nahe legt, sich nach einer Lohnarbeit umzutun, wenn er anständig leben können will. Dabei war doch der Ausgangspunkt aller Überlegungen über das Grundeinkommen die Tatsache, dass es wegen des „grandiosen“ Erfolgs Götz Werners und seiner Kollegen von „der Wirtschaft“, die Menschen von immer mehr Arbeit befreit zu haben, gar nicht genug Arbeitsplätze für alle gibt, die zur Sicherung ihres Lebensstandards einen brauchen!

Dieser Beitrag wurde am 1. Februar 2006 im Freien Radio Stuttgart gesendet, und zwar in der Reihe „GegenStandpunkt – Kein Kommentar“ – zu hören jeden Mittwoch um 18 Uhr in Stuttgart terrestrisch auf UKW 99,2 MHz und im Kabel auf 102,1 MHz

Sind die Manager-Bezüge zu hoch?

Der Anteil der Funktionäre des Kapitals an der Ausbeutung und der immer zu hohe Preis der Arbeitskraft: Warum wer was und wie viel in der schönen Marktwirtschaft kriegt

Kanzlerin Merkel höchstpersönlich liest Kauf der Arbeitgebertagung der versammelten Wirtschaftsprominenz die Leviten. Sie führt die öffentliche Debatte fort, nach der die Manager angeblich zu hohe Bezüge erhalten, und besonders anstößig sollen die Abfindungen für entlassene Manager sein. Die Kanzlerin mahnt zur Zurückhaltung, weist den unvermeidlichen Vorwurf der „Neiddebatte“ zurück und behauptet sogar, das ganze Gemeinwesen könnte deswegen in Unordnung geraten.

Eine prima Gelegenheit, eine höchst interessante Frage zu wälzen, nämlich ob einer zu Recht verdient, was er verdient. Klar, dass Manager einen Haufen verdienen, aber haben es diese Herren nicht entschieden zu weit getrieben? So fragen kann man nur, wenn man einerseits vom großen Unterschied zwischen dem „kleinen Gehaltsempfänger“ und dem „Topmanager“ weiß, andererseits aber zwischen den beiden eine Gemeinsamkeit ausfindig gemacht hat, die einen Vergleich ermöglicht: Die Gemeinsamkeit soll darin bestehen, dass beide – zwar unterschiedlich, aber dennoch – bezahlt werden, und zwar für ihre Leistung für das Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind. Und die, die diese Frage wälzen, meinen, die Bezahlung müsste ein gerechtes Äquivalent für die erbrachte Leistung sein – was doch bei den Managern manchmal einigermaßen zweifelhaft sei; in vornehmer Kommentatoren-Ausdrucksweise: „Wo hört in der glo-

balen Wirtschaftswelt eine leistungsgerechte Bezahlung auf, wo fängt die Selbstbedienung an?“ Reingefallen, kann man da nur sagen – denn an dem wirklichen Verhältnis von Lohn und Leistung zielt man mit dieser Fragestellung voll vorbei. Weder gibt es einen Zusammenhang von Lohn und Leistung, noch lassen sich Manager und Arbeiter darüber vergleichen, dass beide bezahlt werden. Die Vorstellung einer leistungsgerechten Entlohnung ist absurd.

Der Arbeiter bekommt Lohn dafür, dass er dem Unternehmer seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Das, Ergebnis seiner Arbeit gehört dann dem Arbeitgeber. Eingestellt wird nur unter der Bedingung, dass sich seine Arbeit für das Unternehmen rentiert, d. h.: Er schafft dem Unternehmen mehr verkäuflichen Warenwert, als er als Lohn nach Hause trägt. Den Gegenwert seines Lohnes erarbeitet der Arbeiter mithin in nur einem Teil seiner Arbeitszeit, den Rest des Tages arbeitet er für das Unternehmen – umsonst. Das ist der grundlegende Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalist. Denn der Unternehmer will den unbezahlten Teil des Arbeitstages ständig auf Kosten der bezahlten Arbeitszeit erhöhen, mit der Konsequenz, dass er damit den Teil des Arbeitstages, in dem der Arbeiter den Gegenwert für seinen Lebensunterhalt erarbeitet, verringert. Wie groß der eine und der andere Teil seines Arbeitstages ausfällt, ist Ergebnis des Kampfes der beiden Parteien, die unverein-

bare Interessen vertreten. Lohnarbeiter können die Höhe ihrer Einkünfte nicht durch ihre Leistung erhöhen, sondern allenfalls durch den Druck, den sie mit der Drohung der Arbeitsverweigerung auf die Unternehmerkalkulation ausüben können. Wenn die deutschen Gewerkschaften heutzutage meinen, diesen Gegensatz mit „Sozialpartnerschaft“ beseitigt zu haben, dann ist das eben eine Unwahrheit und ändert am grundlegenden Verhältnis rein gar nichts. Nichts von alledem hat etwas mit Gerechtigkeit oder einer Bemessung des Entgelts an der erbrachten Leistung zu tun. Die Leistung, für die der Arbeiter bezahlt wird, besteht notwendigerweise darin, dass er eine unbezahlte Leistung abliefern. Denn das ist die Bedingung seiner Beschäftigung.

Die Vergütung von Managern folgt ganz anderen Prinzipien: Sie erfüllen im Auftrag und zum Nutzen der Kapitaleigner die Funktion des Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht darin, Entscheidungen zu fällen über die Arbeit, die andere zu machen haben, sie zu kontrollieren und aus ihnen die Leistung herauszuholen, die die Eigentümer reich macht. Manager tragen tatsächlich eine „schwere Verantwortung“, nämlich die, die Aneignung der unbezahlten Arbeit zu organisieren, die die Belegschaft abzuliefern hat. An dem Profit, den sie den Eigentümern hereinholen, werden sie nicht schlecht beteiligt. Dafür brauchen sie nicht zu kämpfen, denn die Eigentümer wissen schon, was sie an ihnen haben. Die Beteiligung am Firmenerfolg muss sich dabei noch nicht einmal am vergangenen, schon erzielten Erfolg orientieren; sie kann ebenso gut am zukünftigen Erfolg Maß nehmen, den die Firma unter der Ägide des betreffenden Betriebsführers anstrebt. Ein Konzern, der sich einen sündhaft teuren Sanierer leistet oder einen weltweit ausgewiesenen Spitzenmann ins Haus holt, zeigt, wo er sich in der Konkurrenz sieht und demonstriert seine Finanzkraft. Die Bezüge der Spitzenleute repräsentieren Größe und Erfolgsanspruch einer Kapitalgesellschaft – und sind dadurch selbst noch Mittel ihrer Konkurrenz um Kredit und Anleger. Entsprechend ist das Selbstbewusstsein des Managers beschaffen: Er versteht sich als Feldherr der Produktionsschlacht und des Kampfes um den Markt, schreibt die Erfolge, die „sein“ Unternehmen erzielt, sich und seiner herausragenden Persönlichkeit zu; denn – wie es der Chef der Deutschen Bank Ackermann ausdrückt – schließlich sei er es, der „die Werte schafft“. Dieses Selbstbewusstsein hat insofern seine Richtigkeit, als der Manager eben damit in seinem Beruf aufgeht: Nur so kann er die für solche Typen typische Rücksichtslosigkeit und Arroganz an den Tag legen, die es braucht, um aus schlaffem Untergebenmaterial eine schlagkräftige Markteroberungstruppe zu schmieden.

In der jetzigen Debatte um die Höhe ihrer Bezüge wird die Tätigkeit der Manager, die darin besteht, die Anhäufung von möglichst viel unbezahlter Arbeit zu organisieren, keineswegs kritisiert. Es gibt bloß eine Nörgelei, die sich an der Höhe ihrer Gehälter festmacht, und die Regierungschefin macht sich sogar zur Wortführerin dieses Unbehagens. Sie hat mitgekriegt, dass es im Volk ein Rumoren gibt, was ihr allein schon deswegen nicht passt, weil damit die politische Konkurrenz – die SPD und insbesondere die Linkspartei – Punkte macht.

Der Unmut rührt daher, dass einerseits der Reichtum im Land wächst und allenthalben von ‚Aufschwung‘ die Rede ist, der aber – so die Unzufriedenheit – „unten nicht angekommen ist“, sondern im Gegenteil – so die erstaunliche Beobachtung – „die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher“ macht. Was denn sonst im Kapitalismus, wenn er blüht und gedeiht?! Merkel meint, diese Unzufriedenheit bekämpfen zu müssen. Ein erster Schritt ist selbstverständlich nicht die Anpassung der Armutslohne und der Hartz-IV-Bezüge nach oben, in Richtung Managerlöhne, sondern – die Einführung eines Mindestlohnes. Nach 200 Jahren Kapitalismus hat man sich darauf geeinigt, dass einer, der voll arbeitet, auch davon leben können soll – von gut leben ist freilich nicht die Rede. Was stört, ist, dass der Billiglohn vom Staat bezuschusst werden muss. Von der Kapitalistenklasse und ihren Sprachrohren wird das – wen wundert’s? – weiterhin erbittert bekämpft, womit sie freilich den Befürwortern des Mindestlohns in die Hände arbeiten: So können sie den so genannten unteren Schichten zurufen: Seht ihr,

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-07

Nichts als Schwierigkeiten mit dem fiktiven Kapital... Die sogenannte US-Hypothekenkrise. Ein Nachtrag

Weltlage 2007

Die Realität einer multipolaren Weltordnung

Türkischer Militäraufmarsch an der irakischen Grenze Eine Regionalmacht fordert Respekt

„Frieden für Darfur“

Ein Nebenkriegsschauplatz der amerikanischen Weltordnung

Zeitgeist im deutschen Herbst 2007 · Unsere Bundeskanzlerin in China: Chapeau! · Die Öffentlichkeit versteht allmählich ihren Schäuble besser: Die Zivilgesellschaft – zu zivil für den Antiterrorkrieg? · Eine Neue beim Politalk am Sonntagabend · Der Mindestlohn – Fluch oder Segen? · Was die Franzosen am dringendsten brauchen? Die deutsche Agenda 2010! · Kouchner droht mit Krieg gegen den Iran – die deutsche Presse verteilt Noten · Eine EU-Truppe unter französischem Kommando für den Tschad: „Humanitäre Aktion“? Die doch nicht! · Armut – nur gefühlt? · Der Dalai Lama in Berlin, Proteste in Peking · Was das tapfere Volk von Birma nach deutschen Pressemitteilungen dringend braucht · Das Staatsoberhaupt hat das Wort · Nationale Debatte um das Arbeitslosengeld

GEGENSTANDPUNKT im Internet: <http://www.gegenstandpunkt.com>

wir haben ein Stück Gerechtigkeit für euch erkämpft! Im zweiten Schritt wendet sich die Kanzlerin an die Unternehmer und Manager und ruft ihnen ein „So nicht!“ zu. Was machen die ihrer Meinung nach falsch? Auf dem CDU-Parteitag sagt sie:

„Liebe Freunde! Eine Politik der Mitte sagt zu allen Mitgliedern der Gesellschaft: ‚Denkt immer an die Anderen! Vergesst nicht, dass wir alle aufeinander angewiesen sind!‘ Erfolgreiche Unternehmen gibt es nur an erfolgreichen Standorten, und erfolgreiche Unternehmen gibt es nur, wenn es gerecht und verantwortungsbewusst zugeht... Soziale Marktwirtschaft ist immer auch eine Wirtschaft und eine Gesellschaft, in der die Menschen zusammengehören. Wenn das nicht mehr funktioniert, fliegt uns der ganze Laden auseinander, um das einmal ganz einfach zu sagen.“ (3.12.)

Verlangt die Kanzlerin nun von den Managern, so „an die anderen zu denken“, dass sie die Löhne erhöhen? Garantiert nicht. Will sie ihnen vielleicht irgendetwas verbieten, womöglich ihre Gehälter beschneiden? Ein bisschen wird so getan, wenn von Parlamentariern Arbeitsgruppen gebildet werden, die über „Obergrenzen“ für Managergehälter „nachdenken“. Gleichzeitig ist aber klar: Das ist ein unzulässiger Eingriff in die unternehmerische Freiheit und rechtlich nicht möglich. Die Kanzlerin mit ihrem Aufruf wie auch die parlamentarischen Arbeitsgruppen machen also nur eins: Gegen die Realität der Managertätigkeit, die in nichts anderem als der Durchsetzung des Unternehmensinteresses gegen das Arbeiterinteresse besteht, wird die platte Ideologie eines Miteinander gesetzt: Eigentlich sind alle an einem Gemeinschaftswerk beteiligt. Da ist es dann blöd, wenn die Manager in ihrem Auftreten und in den Bezügen, die sie sich selbst genehmigen, herausschlagen lassen, dass dem nicht so ist, wenn sie geradezu demonstrativ auf den Unterschied zwischen sich und ihren Unterebenen deuten. Dagegen nimmt sich der Aufruf der Kanzlerin aus wie ein strenger Rüffel, und manche verwechseln das sogar mit einer Kritik. Dabei sollen die Herren und Damen Manager mit ihrem Auftreten bloß darauf achten, dass der schöne Schein des Gemeinschaftswerks nicht unnötige Kratzer abkriegt. Etwas mehr Anstand und demonstrierte Bescheidenheit ist bei der Bereicherung angesagt, weil man sonst dem Gerechtigkeitssinn des Volks ein bisschen zu viel zumutet. Umgekehrt haben die Manager, wenn sie denn ein wenig einsichtig sind und Besserung geloben, einen Beitrag zu dieser moralischen Aufgabe geleistet und eben so diesen Gerechtigkeitssinn auch wieder befriedigt. Wie wichtig das ist, macht Merkel mit ihrem Bild von dem „auseinander fliegenden Laden“ deutlich. Sachlich ist das natürlich Quatsch, von empörten Massen vor der Bild-Zeitung oder dem Bundeskanzleramt ist weit und breit nichts zu sehen, aber mit der Dramatisierung belegt die Kanzlerin, wie ernst sie die Unzufriedenheit nimmt – und der

→Fortsetzung Seite 4

„Manager-Bezüge“ (Fortsetzung)

Witz ist: *Damit* ist die auch schon voll bedient. Sogar die oberste Führerin der Nation hat diesen Wirtschaftsführern jetzt mal gesagt, dass auch sie sich anständig benehmen müssen.

Und dann der krönende Abschluss dieser Schelte:

„Was ich überhaupt nicht verstehe: Warum wird mit Geld überschüttet, wer auf ganzer Linie versagt hat. Liebe Aufsichtsräte, glauben Sie, Ihre Mitarbeiter lesen keine Zeitung? Glauben Sie, Ihre Mitarbeiter beherrschen nicht die Grundrechenarten? Wenn ich das Versagen von Spitzenkräften mit Fantasieabfindungen vergoldet sehe, dann sage ich: Das untergräbt das Vertrauen in das soziale Gleichgewicht unseres Landes.“ (Ebd.)

Wirklich skandalös sind nur die *Manager*, die nicht erfolgreich beim *Management* der *Ausbeutung* waren, also ihre Untergebenen nicht so gezwiebelt haben, dass viel rentable Leistung aus ihnen herausgeholt wurde. Wenn

Die Wissenschaft durchsucht das menschliche Gefühl und findet:

Die Moral in der Menschennatur

Wie der Spiegel berichtet, macht die wissenschaftliche Erforschung der Moral große Fortschritte. Eine „*ungewöhnliche Allianz aus Rechtsphilosophen, Affenforschern und Neurowissenschaftlern glaubt die Wurzeln der Moral gefunden zu haben*“, und zwar ganz tief drin, in der menschlichen Hirnmasse. Das geht folgendermaßen:

Das Gleisarbeiter-Dilemma

Zur Erforschung der Moral veranstaltet man ein Experiment. Es konfrontiert Testpersonen mit den beiden folgenden Szenen und Entscheidungsfragen:

„*Szenario 1: Ein Schienenwagen rast führerlos auf eine Gruppe von fünf Gleisbauarbeitern zu. Die Männer wären zu retten, stellte man eine Weiche um. Aber nur zum Preis eines anderen Lebens, denn auf dem anderen Gleis steht auch ein Gleisarbeiter. Nur ein einziger allerdings. Der Geister-Trolley wird ihn überfahren. Würden Sie die Weiche umstellen?*“

„*Szenario 2: Würden sie denn auch eigenhändig einen Mann von einer Brücke auf den Bahndamm schubsen, einen, dessen Körper groß und schwer genug ist, den Schienenwagen zu stoppen? Auch in diesem Fall wären die fünf Arbeiter gerettet.*“

Die Probanden sollen so vor ein Problem gestellt werden, das aber eigentlich gar keines ist, weil seitens der Fall-Konstrukteure Fragen gestellt werden, deren Beantwortung durch die vorgestellte Konstruktion schon vorgegeben ist:

Zum ersten steht die Entscheidung beide Male unter der Voraussetzung, dass die Sache so oder so für jemanden tödlich ausgeht – die Katastrophe gehört zum nicht disputablen Rahmen der Entscheidung. Der Ausweg, sie gar nicht erst stattfinden zu lassen, kommt nicht in Betracht. Unter *dieser* Voraussetzung ist zum zweiten die Abwägung zwischen Rettung und Opfer von Menschenleben anzustellen. Informationen darüber, *wer* sich auf den Gleisen oder der Brücke tummelt – Freund oder Feind, der Herzallerliebste oder völlig Fremde, die Bundeskanzlerin oder die eigene Mutter – gehören explizit *nicht* zur Versuchsanordnung. Die ganze Konstruktion bewegt sich auf der abstrakten Ebene von *Mensch*. Da jeglicher Bezug auf die Interessen und Gefühle der Befragten fehlt, wird der von ihnen verlangten Abwägung nur ein *einzig* Entscheidungsgrund an der Sache geboten: die Differenz der *Anzahl* der Opfer. Wenn man sich unter diesen Bedingungen entscheiden *muss*, steht der Inhalt der Entscheidung fest: fünf Tote sind schlimmer als einer. Insofern verlangt die Versuchsanordnung nichts als eine schlichte Kopfrechnung. Das gilt für beide Szenarien gleichermaßen.

So einfach wollen die Konstrukteure der Szenarien das aber nicht sehen. Schließlich

die deswegen entlassen werden, sollen sie nicht auch noch *zu* viel Geld dafür kriegen. Merkel bezieht sich mit voller Absicht darauf, dass die Unzufriedenheit über die Managergehälter hauptsächlich daher rührt, und gibt dem Recht. Aber merken die Unzufriedenen eigentlich, dass die Kanzlerin damit den *Beruf* des Managers – die Ausbeutung auf Kosten der Beschäftigten zu organisieren – voll aus der Schusslinie genommen und ihm eine perfekte Ehrenrettung verpasst hat? An einem in diesem Sinne erfolgreichen Manager gibt es dann nämlich überhaupt nichts mehr zu kritisieren: Er verdient, was er verdient; denn die erfolgreiche Mehrung des Shareholder-Value ist ein einziger Beitrag zum „sozialen Gleichgewicht unseres Landes“. – Wer da noch kleinlich nachrechnet, offenbart nur – niedrigen Sozialneid!

Dieser Beitrag wurde am 9. Januar 2008 im Freien Radio Stuttgart gesendet, und zwar in der Reihe „GegenStandpunkt – Kein Kommentar“ – zu hören jeden Mittwoch um 18 Uhr in Stuttgart terrestrisch auf UKW 99,2 MHz und im Kabel auf 102,1 MHz

soll ein „*moralisches Dilemma*“ vorstellig gemacht werden, und das ergibt sich nur dann, wenn die von der Fragestellung verlangte Entscheidung, *wie viele* Menschenleben man zu retten bereit sei, an einem Gedanken gemessen wird, der damit eigentlich gar nichts zu tun hat: Das Leben eines Menschen ist als absoluter *Wert* zu würdigen, der quantitativ nicht relativiert werden kann. Das in Szene gesetzte moralische Dilemma besteht dann darin, dass der *Erhalt* ebendieses Wertes sein *Opfer* notwendig macht. Derselbe absolute Wert schließt die quantitative Abwägung ebenso aus, wie er sie fordert.

Dass dennoch Szenario 2 für die Moralforschung nicht überflüssig ist, zeigt sich, wenn es an die Auswertung der Interviews geht. Von „normalen“ Befragten, so vermeldet die Wissenschaft und mit ihr der Spiegel, stellen 80 % die Weiche um, aber nur 15 % würden Hand an den dicken Mann legen. Das soll zeigen: ist die Situation „abstrakt“ setzt sich der Mensch über seine moralischen Skrupel zugunsten der „Kalkulation“ 1 gegen 5 mehrheitlich hinweg. Das in diesem Sinne Prekäre der Entscheidung *zu bebildern*, ist die Absicht von Szenario 2. Die Art und Weise des Tötens, dass also das entscheidende Subjekt dem notwendigen Opfer direkt zu Leibe rücken muss, soll die moralische Problematik der Abwägung vor Augen führen. Und dass die Mehrzahl der mit Szenario 2 Konfrontierten zögert, dies zu tun, dient als Beweis ihres gesunden Wertempfindens, auch wenn damit erst mal nur „bewiesen“ ist, dass es den meisten Menschen leichter fällt, einen anderen per Knopfdruck zum Tode zu befördern, als durch eigener Hände Arbeit.

Und nun? Ein Sieg der Moral? Vielleicht – bloß was für einer? Im Sinne des oben dargelegten Dilemmas kann der Proband bei der ihm abverlangten Entscheidung nichts richtig machen, weil er den Wert ja in jedem Fall verletzen muss. Haben sie jetzt, wegen des absoluten Wertes Leben, in Szenario 2 nicht getötet – oder haben sie gerade wegen dieses Wertes anstatt einem gleich 5 getötet? Gruselig? Die Interpretation im Spiegel sieht das anders. Der Mensch bringt nicht leichtfertig einen anderen um. Und wenn er das in einer als unabänderlich vorgestellten Zwangslage, doch tut, dann hat er solche Skrupel, dass er lieber fünf auf Distanz anstatt einen persönlich umbringt. Und das soll die Moral doch glatt als etwas Feines legitimieren!

Die Hirnpatienten

Neurowissenschaftler haben sich nun die spannende Frage gestellt, ob ein derart moralisches Wertempfinden in dem Sinne „gesund“ ist, dass es einem gesunden Menschen naturgemäß innewohnt. Um das herauszufinden, haben sie das Gleisarbeiter-Dilemma einer Vergleichsgruppe vorgelegt, zusammengesetzt aus Menschen, die eine Hirnschädigung

erlitten haben. Einer von ihnen, Elliott, wird exemplarisch vorgestellt. Elliott hat durch einen Tumor und die nachfolgende Operation Hirnareale verloren und wird seitdem als „gefühllos“ eingestuft: Intellekt und Gedächtnis seien, so die Beschreibung, vollkommen intakt, das Gefühl jedoch, insbesondere das für „*Empfindungen der Mitmenschen*“, sei verloren gegangen.

„*Die jüngst im Fachblatt ‚Nature‘ vorgestellten Ergebnisse lassen den Normalsterblichen gruseln: Elliott und die anderen würden nicht zögern, den dicken Mann eigenhändig vor den Zug zu stoßen. [...] Elliott und die anderen Hirnpatienten sahen nur den guten Zweck – nicht aber das schreckliche Mittel.*“

Nun hat Elliott sich das „*schreckliche Mittel*“ ja wirklich nicht selber ausgesucht. Es gehört als einzige Möglichkeit, Menschen zu retten, zum Versuchsaufbau. Und ob er seine Schrecklichkeit gesehen hat oder nicht, lässt sich dem Umstand, *dass* er es eingesetzt hat, nicht entnehmen, schließlich war es ja das *einzig* Mittel, das ihm geboten wurde. Wenn hier also etwas gruselig ist, dann allenfalls der Inhalt der beiden vorgestellten Szenarien. Die naturwissenschaftliche Moralforschung sieht das aber anders. Sie *wirft* Elliott *vor*, dass er sich den Notwendigkeiten der Szenarien stellt, ohne dabei in ausreichendem Umfang Skrupel an den Tag zu legen. Wer auch dann, wenn beim Töten zum Zwecke der Lebensrettung Körperkontakt erforderlich ist, ohne zu „zögern“ die Berechnung anstellt, die die Fragestellungen verlangen, – stirbt einer, oder sterben fünf –, der zeigt damit, dass ihm der Sinn für das moralische Dilemma abgeht. Er trägt dem moralischen Gebot nicht Rechnung, dass Menschenleben nicht gegeneinander aufgerechnet werden *dürfen*. Dass die Befolgung dieses Gebots im Gleisarbeiter-Dilemma zum Tod von fünf Menschen führt, spricht nach Ansicht der Moralexperten keineswegs gegen dieses Gebot, und dass Elliott mit seiner Entscheidung fünf Menschen rettet, spricht nicht für ihn. Im Gegenteil! Das qualifiziert ihn, *moralwissenschaftlich* gesehen, als pathologischen Killer:

„*Mittlerweile haben Forscher [...] die Areal im Gehirn eingekreist, in denen ein Defekt dazu führen kann, dass sich solche Tötungsimpulse ungehindert durchsetzen.*“

Dass man Elliott für seine Entscheidung, einen Menschen zu töten, einen nach der Voraussetzung respektablen Grund geliefert hat – immerhin stehen fünf Menschenleben auf dem Spiel –, wird nicht nur vergessen, das Ganze wird explizit ins Gegenteil verkehrt: Der Zweck, Menschen zu retten, den Elliot & Co. sich weisungsgemäß zu Eigen machen, wird verkehrt in ihr Bedürfnis, einen Menschen zu töten. Das ist sachlich absurd und bedarf der kühnen Erfindung eines Tötungsimpulses, der naturwüchsig im Menschen sitzt. Mit dem *Tötungsimpuls* tut man so, als habe man einen eigentlichen Grund fürs Töten gefunden. Der soll alle sachlichen Gründe, aus denen jemand einen anderen töten mag, zusammenfassen, indem er sie für irrelevant erklärt. All diese wie auch immer gearteten Gründe sollen nicht die Ursache dafür sein, sondern Äußerung einer Kraft, die dem menschlichen Hirn innewohnt und die aus nichts anderem abgeleitet wird als daraus, *dass* getötet wird. Die Anwendung dieser tautologischen Bestimmung auf die Elliotts, die mit ihrer Entscheidung ja nicht nur zeigen, dass sie nicht töten wollen, sondern auch, dass ihnen der Tod von Menschen nicht egal ist, entbehrt jeder sachlichen Logik, sie leistet aber eines: Das moralische Empfinden der „normalsterblichen“ Probanden, das man aus ihrer Hemmung beim Runterschubsen des Dicken zu Recht oder Unrecht abgeleitet hat, und das, wenn es denn wirklich der Grund für die Hemmung sein sollte, immerhin dafür sorgt, dass fünf Menschen zu Tode kommen, dieses moralische Empfinden wird so zur Gegenkraft erklärt, die die Durchsetzung des behaupteten Tötungsdrangs verhindert.

Und nicht nur das: Aus dem Vergleich von gesunden Probanden und solchen mit Hirnschaden, wird ein angeborenes *Moralinstinktgefühl* abgeleitet: Die Hirnpatienten werden ja eingeführt als welche, denen wegen eines organischen Hirndefekts das „Gefühl“ fehlt.

Wenn die sich also hinsichtlich des vorgestellten „Dilemmas“ anders entscheiden, als der hirngesunde Durchschnitt, und dessen Unbehagen beim Gedanken an eigenhändiges Runterschubsen des menschlichen Stoppers als Moral eingestuft wird, dann soll damit nachgewiesen sein, dass beim gesunden Menschen die „angeborene Urmoral“ da naturwüchsig im Hirn sitzt, wo den Hirnpatienten etwas fehlt. Und wenn die Moral fehlt, dann fallen alle Hemmungen und das muss ja zu Unheil führen.

Die Moral

Zusammengefasst: Wenn sich die hirngeschädigten Probanden auf die Vorgaben der Befragung einlassen und ein Menschenleben opfern, um fünf andere zu retten, dann handeln sie unmoralisch; wenn die „Normalen“ es problematisch finden, ein Leben anzutasten, um andere zu retten, dann ist das moralisch. Mit der Moral, wie es sie gibt und Menschen sie haben, hat das Ganze nichts zu tun. Schließlich ist das „Dilemma“ ja eine Konstruktion, die bewusst gerade das alles ausschließt, worauf sich Moral bezieht: die Interessen der Individuen, die sie selber vom Standpunkt höherer Gebote – darf man, soll man, muss man?! –, also moralisch beurteilen. Und dennoch haben die Wissenschaftler sie mit ihrer falschen Abstraktion im Visier. Dafür haben sie sich ihren Elliott geradezu als Inkarnation des abstrakt Bösen („*lassen den Normalsterblichen gruseln*“) zurecht konstruiert: Dass er die Kalkulation, die die Fragestellung der Szenarien verlangt, zum einzigen Grund für seine Entscheidung macht, wird als mörderisch bezeichnet, nur deswegen *weil* er Berechnung zum Grund für seine Entscheidung macht und wegen der Rettung von fünf Leben ein moralisches Tabu einfach ignoriert! Nur aus eigener Berechnung zu handeln, den eigenen Willen nicht an höheren Ge- und Verboten zu relativieren und alle anderen Kalkulationen dem unterzuordnen, das verbietet die Moral. Und das kriegt der Elliott angeblich auch in diesem falsch abstrakten „Dilemma“ nicht hin. Moral verlangt das Befolgen *höherer* Gebote, deren Wurzel die Neurowissenschaft nun im menschlichen Gefühl als Naturkonstante verortet haben will:

„*Wenn dieses Areal [das im Hirn der Elliotts fehlt, d. Verf.] funktioniert [...], entstehen darin Empfindungen wie Mitgefühl, Scham und Schuld, die maßgeblich sind für unser soziales Verhalten.*“

Dass der Mensch ein funktionierendes Gehirn braucht, um moralische Empfindungen zu produzieren, ist nicht zu bestreiten, schließlich braucht er das für jeden Gedanken, den er hat, und jedes Gefühl, das er an den Tag legt. Die Naturwüchsigkeit solcher Empfindungen ist damit aber nicht bewiesen und erst recht nicht ihre „Maßgeblichkeit“ fürs menschliche Miteinander. Die Überzeugung davon hat der Forscher schon vorausgesetzt, um sie aus „Studien“ wie dem Gleisarbeiter-Experiment ableiten zu können. Und dazu muss er sogar die wirkliche Moral, wie sie jeder zur Kenntnis nehmen kann, ignorieren. Unbekannt ist es nämlich nicht, dass vom Ehrgefühl des Individuums über den mangelnden Respekt vor dem Recht der eigenen Nation oder Gott bis zur Weigerung die höchsten, nämlich die „westlichen“, Werte anzuerkennen, lauter respektable moralische Gründe für Mord und Totschlag im Schwange sind!

Für den, der sich moralische Gebote zu Eigen gemacht hat, hat dieses Sollen dann den Charakter *allgemeiner* Verbindlichkeit. Dem Willen der andern, sich diesen Geboten ebenfalls zu unterwerfen, wird da nichts überlassen, von ihnen wird die Befolgung moralischer Gebote *verlangt*. Mitgefühl muss nicht nur verdient, es kann auch eingefordert werden, Ehrabschneidung seitens der lieben Mitbürger muss man sich nicht gefallen lassen und gegen deren Schamlosigkeit ist einzuschreiten. Schuld entdeckt der moralische Mensch eben nicht nur bei sich, sondern vor allem bei anderen, und das nicht nur dann, wenn die sich nicht an gültige *Rechtsvorschriften* halten, sondern gerade auch dann, wenn sie die eigenen *Moralvorstellungen* verletzen. Zu dem Gedanken, dass Mitmenschen den Tod *verdienen*, sind nur moralische Menschen fähig.

(Alle Zitate aus SPIEGEL 31/2007)